

Edmund Stoiber &
Bodo Hombach (Hg.)

DAS CORONA BRENGLAS

Demokratie und Ökonomie
nach der Pandemie

Tectum

Mit Beiträgen von Marie-Luisa Frick, Sigmar Gabriel, Serap Güler, Rolf G. Heinze, Michael Hüther, Claudia Kemfert, Wolfgang Kubicki, Christian Kullmann, Philip Manow, Julian Nida-Rümelin, Hans-Jürgen Papier, Ronald Pofalla, Wolfgang Reitzle, Roland Schatz und Jens Spahn



<https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8288-4610-4>

Edmund Stoiber &
Bodo Hombach (Hg.)
Das Corona-Brennglas

Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg.)

Das Corona-Brennglas

**Demokratie und Ökonomie
nach der Pandemie**

Tectum Verlag

Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg.)
Das Corona-Brennglas
Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie

© Tectum Verlag – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021
ISBN 978-3-8288-4610-4
ePDF 978-3-8288-7675-0
ePub 978-3-8288-7676-7

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung einer Abbildung
von Pixabay | www.pexels.com

Herausgeberfotografien © Bodo Hombach und Edmund Stoiber

Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung
bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Herausgebergespräch

*zwischen Bodo Hombach und Edmund Stoiber,
moderiert von Christoph Schwennicke*

1

Politische Perspektiven

Erstmal wird es schlimm – Covid-19 als Chance zur Weltverbesserung?

von Sigmar Gabriel

23

Neue Sachlichkeit – Verschwindet der Populismus?

von Philip Manow

35

Entscheidungsfindung und Debattenschauplätze – Wo bleibt das Parlament?

von Wolfgang Kubicki

59

Überwindung oder Verschärfung sozialer Fragmentierungen? Die Rolle der Politik

von Rolf G. Heinze

71

Gesellschaftliche Perspektiven

Ein neues Wir-Gefühl

von Jens Spahn 95

Was (nicht) trägt – Systemmisstrauen als ideelle Hypothek der Pandemie

von Marie-Luisa Frick 115

Sozialer Zukunftstransfer – Gerechtigkeit in und nach der Krise

von Serap Güler 141

Schutz der Grundrechte in schwierigen Zeiten

von Hans-Jürgen Papier 161

Individualrechte in Risikosituationen

von Julian Nida-Rümelin 179

Kann ein Blinder einem Blinden den Weg weisen?

von Roland Schatz 187

Ökonomische Perspektiven

Made in Germany – Das Ende langer Lieferketten?

von Christian Kullmann 207

Muss alles alles können? Eine Inspektion der Wirtschaftspolitik in Zeiten der Pandemie

von Michael Hüther 227

Mit dem Neustart aus der Corona-Krise die Klimakrise lösen

von Claudia Kemfert 253

Eine neue Kultur des Fortschritts

von Wolfgang Reitzle

273

Nachwort

von Ronald Pofalla

283

Dank

295

Autoreninformationen

297

Herausberggespräch

zwischen Bodo Hombach und Edmund Stoiber,
moderiert von Christoph Schwennicke

Die Exekutive ist die Gewalt der Stunde in der Corona-Pandemie. Der Regierungsstil der Kanzlerin war noch nie sehr auf die Einbeziehung des Parlaments ausgerichtet. Hat die Legislative aufgegeben? Wie kann ihr wieder mehr zu ihrem Recht verholfen werden?

Edmund Stoiber: Es ist richtig, dass in Krisen die Stunde der Exekutive schlägt, weil diese schneller auf tagesaktuelle Entwicklungen reagieren kann. Beispiel: Helmut Schmidt und die Bekämpfung der Sturmflut 1962. Aber es ist ein demokratiepolitisches Problem, dass der Bundestag in Corona-Fragen im Grunde nur noch das entgegennimmt, was die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten in ihrer Runde beschlossen haben. Natürlich muss die Politik in der Pandemie schnell handeln können, aber wenn eine Krise lange dauert und mit erheblichen Einschränkungen verbunden ist, ist eine breitere Debatte besonders auch im Bundestag erforderlich, um die Unterschiede der Lösungsansätze für alle sichtbar herauszuarbeiten. Ich vermisse vor allem eine parlamentarische Debatte über die Zeit nach Corona: Wie kann ich eine Insolvenzwelle gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen verhindern? Wie kann ich die verfassungsmäßige Schuldenbremse – abhängig von der Konjunkturlage – schnellstmöglich wieder einhalten? Wie muss sich Deutschland bei der Digitalisierung seiner Verwaltung und der Schulen zukunftsfä-

hig aufstellen? Ähnlich ist es übrigens auch bei den Debatten um den Klimaschutz, dessen Folgen unser Leben in den nächsten Jahrzehnten am meisten prägen werden. Die große Frage ist, wie rasch sich unsere bislang sehr erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft umbauen lässt, ohne dass es zu Strukturbrüchen und gesellschaftlichen oder politischen Verwerfungen kommt. Wir brauchen hier leidenschaftliche parlamentarische Debatten mit einer Folgenabschätzung, wie bei der Agenda 2010 der Regierung Schröder in den Nullerjahren. Eine Folgenabschätzung ist ein Markenzeichen der demokratischen Auseinandersetzung. Franz Josef Strauß hat einmal zu mir gesagt: „Verwende 50 Prozent Deiner Kraft auf die Krise selbst, und spare Dir 50 Prozent der Kraft für hinterher auf.“ Er hatte recht.

Bodo Hombach: Den Lehrsatz Ihres Vorgängers kannte ich nicht. Der gefällt mir. Den merke ich mir. Tatsächlich ist es jetzt das Wichtigste, aus den Pandemieerfahrungen für die Zukunft Konsequenzen zu ziehen. Ohne ideologische Tabus, wissenschaftlich gründlich hinterfragt und gesellschaftlich-politisch ausführlich erörtert. Damit es beim nächsten Seuchenfall hier so geordnet zugeht, wie es uns – leider unzutreffend – nachgesagt wird. Der vor- und fürsorgende Staat bewährt sich nicht nur beim Steuereintreiben und Umverteilen. Er legitimiert sich auch durch ordentliches Verwalten des Alltags und erst recht beim Managen von Krisen. Zu Ihrer Frage: Wenn einer ins tiefe Wasser fällt, braucht es einen Rettungsschwimmer und nicht zuerst einen Gesprächskreis. Erst später – nicht zu spät – ist die politische Debatte am Zug. Parlamentarische Demokratie und die liberale Stimme haben es in der neuen Medienwelt schwer. Dass sich die Physikerin Angela Merkel nicht libidinös in parlamentarische Schlachten stürzt, kommt erschwerend hinzu. Immerhin: Der Bundesrat mit den unmittelbar betroffenen Ministerpräsidenten hat gewissermaßen wie eine zweite Kammer die Debatte intensiv, selbstbewusst, kontrovers und hörbar geführt. Das war gut.

Stoiber: Das sehe ich etwas anders, Herr Hombach. Diese Debatte gehört vor allem in den Bundestag, in die erste Kammer, und zwar nicht erst nachdem alle wichtigen Entscheidungen bereits getroffen wurden. Das war in der Geschichte Deutschlands immer so: Soziale Marktwirtschaft, Wiederbewaffnung, Nato-Doppelbeschluss oder Ostpolitik, alle großen Fragen sind damals vor endgültigen Festlegungen durch die Bundesregierung im Parlament diskutiert worden. Und so gehört sich das auch.

Hombach: Radio Eriwan: „Im Prinzip ja ...“, aber der Bundestag hat sich ohne großen Widerstand seine Rolle von den Talkshows entwerden lassen. Folglich haben die Medien deren Verlauf intensiver interpretiert als Debatten im Bundestag.

Das Virus ist kein Demokrat. Andere Regionen, China, Asien insgesamt, sind erfolgreicher. Ist die westliche Demokratie zu langsam für diese Welt und das Virus?

Stoiber: Natürlich ist manches ärgerlich, etwa dass die Novemberhilfe erst Monate später ausgezahlt wird. Aber Demokratie und Geschwindigkeit sind kein Widerspruch. Es stimmt, dass China nach den vorliegenden Zahlen deutlich besser aus der Corona-Krise herausgekommen ist als Europa und die USA, wenn auch mit einem nach chinesischen Maßstäben vergleichsweise geringen Wirtschaftswachstum. Die asiatischen Länder werden erkennbar besser mit dem Virus fertig. Das liegt in erster Linie daran, dass sie das Virus besser nachverfolgen. Aber nicht nur das autoritäre China, sondern auch demokratische Staaten wie Südkorea oder Taiwan haben rasch gehandelt und das Virus eingedämmt. Das politische System ist also nicht entscheidend, auch wenn in der Pandemie die Neigung vieler Menschen zu einem starken Staat ausgeprägt ist. In einer freiheitlichen Demokratie ist ein Überwachungs- und Unterdrückungssystem wie in China unter vielfältigen Gesichtspunkten nicht akzeptabel. Es gibt aber

immer Verbesserungspotenzial, das wir nutzen können, ohne den Rechtsstaat über Bord zu werfen. Wenn wir im Zusammenhang mit der Corona-Daten-App monatelang datenschutzrechtliche Grundsatzzdebatten führen und die App am Ende kaum Wirkung entfaltet, müssen wir daran etwas ändern. Wenn man bei uns für zwei Jahre den Datenschutz etwas einschränken würde und wir so bessere Bewegungsbilder erstellen könnten, dann kämen wir auch zu besseren Ergebnissen. Aber das bekommen wir nicht hin, im Gegensatz zu vielen anderen Grundrechtseinschränkungen. In dieses Bild passt, dass die Gesundheitsämter zu wenig digital vernetzt sind und immer noch mit dem Fax arbeiten. Da stimmt etwas nicht.

Hombach: Eine Oper ist nicht deshalb schlecht, weil Rollen schlecht besetzt sind und die Regie dilettiert. Man darf durchaus über situative Stärken und Schwächen der Demokratie sinnieren. Beim demokratischen Wahlakt geht es doch nicht darum, den besten Experten oder den mit dem höchsten Bildungsstand zu erwählen. Auch der IQ ist selten Entscheidungskriterium. Es zählt anderes. Der Einser-Jurist Dr. Stoiber hat als Ziehvater Herr Dr. Strauß ausgewählt und sich entwickeln und in Etappen aufsteigen lassen. Aufstiege über breite Berufserfahrungen, Qualifikationsbelege und erfolgreiche Problembewältigung sind nicht typisch für gegenwärtige politische Karrieren. Deshalb muss in unserer Demokratie wissenschaftliche Politikberatung und eine bestens qualifizierte Administration der Legislative fachlich zur Seite stehen. Wenn es an Umsetzung mangelt, was man gegenwärtig viel zu oft diagnostizieren muss, ist das in erster Linie nicht, wie Medien gerne schreiben, politisches, sondern administratives Versagen. Es gehört zur Natur der Demokratie, sich immer wieder selbst zu befragen, ihre Schwächen zu erkennen und ihre nutzbare fachliche Infrastruktur hochkarätig zu organisieren und aufzustellen. Einige der erfolgreichen asiatischen Staaten sind auch Demokratien. Es geht bei einer Seuchenbekämpfung nicht ohne Einschränkung von Grundrechten. Die muss jedoch zeitlich begrenzt und angemessen

sen sein. Totale Transparenz und Überwachung sind immer totalitär. Unsere eigentliche Misere ist für mich nicht die Schwerfälligkeit der Demokratie, sondern erschütterndes Versagen der Administration. Von der Corona-App bis zum Impfdebakel, vom Berliner Flughafen bis zur Kölner Oper, von der maroden Schultoilette bis zur Leverkusener Autobahnbrücke: Wir präsentieren der Welt eine peinliche Lachnummer nach der anderen. Da läuft was falsch. Beobachtbar ist die dramatische Diskrepanz zwischen fantastisch rasanter, wissenschaftlicher Erkenntnis und deren Umsetzung in die Praxis. Das ist wie Vollgas geben und mit dem anderen Bein auf der Bremse stehen. So läuft ein Motor heiß und fliegt einem irgendwann um die Ohren. Die Pandemie bringt es auf den Schmerzpunkt: Wir produzieren Ideen und Lösungen am Fließband, aber sie werden selten Realität. Im Pandemie-Wettlauf ähneln wir dem Hasen. Das Virus dem Igel. Wir rennen hinterher. Das Virus lacht sich schief. Asiatische Länder sind nicht erfolgreich, weil autokratisch, sondern weil geübter, rationaler, konsequenter.

Stoiber: In der ersten Welle hat sich gezeigt, wie gut die föderale Struktur funktionieren kann, etwa im Vergleich zum zentralistischen Frankreich. Wenn die Inzidenz in Schleswig-Holstein anders ist als in Bayern, sind zentralistische Maßnahmen falsch und die verfügbaren Instrumente zur Corona-Eindämmung müssen differenziert angewendet werden. Aber die Instrumente an sich sollten in Katastrophenfällen wie der Corona-Pandemie, die das ganze Bundesgebiet betreffen, einheitlich sein, das heißt: gleiche Regeln für gleiche Infektionslagen. Eine Inzidenz von 200 muss in einem Landkreis in Schleswig-Holstein die gleichen Konsequenzen haben wie eine Inzidenz von 200 in einem bayerischen Landkreis. Das dient auch der Akzeptanz durch die Bürger. Die Bundeskanzlerin hat Recht, wenn sie Sonderwege einzelner Länder bei identischer Infektionslage, etwa bei Sperrstundenregelungen, kritisiert und sagt, dass hier die Subsidiarität versagt habe. Auch in der Digitalisierung des Schul- oder Gesundheitswesens, etwa beim

„Digitalpakt Schule“ oder der Entwicklung von Software für Gesundheitsämter, scheinen einheitliche Vorgaben sinnvoll. Deshalb muss man sicher aus den Erfahrungen der Extremsituation Pandemie über die Notwendigkeit einer erneuten Staatsinventur nachdenken, um die Entscheidungsabläufe zu optimieren. Der Vorschlag des Unionsfraktionsvorsitzenden im Bundestag Ralph Brinkhaus, die Effizienz unseres Staatswesens in seinen Abläufen auf den Prüfstand zu stellen, geht genau in diese Richtung.

Hombach: Für mich spricht nichts dafür, dass Zentralismus mal eine bessere Lösung war, besser ist oder eine bessere sein wird. Vernünftige Arbeitsteilung ist es. Der regionale Ansatz hat sich auch jetzt als angepasster, lebensnäher und damit wirksamer erwiesen. Es wäre erstaunlich, wenn ich mit Herrn Stoiber beim Respekt vor dem Föderalismus auseinander wäre. Föderalismus gehört gestärkt, nicht geschwächt. Aber ganz selbstverständlich müssen wir auch hier vor allem die umsetzungsfördernde Infrastruktur verbessern, digitaler werden und die Handlungsabläufe effizienter gestalten und abstimmen. Dass die Arbeitsteilung immer wieder auf dem Prüfstand stehen muss, ist ein Allgemeinplatz. Sie ist aber zu selten auf der Tagesordnung. Was sich zwischen der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten abgespielt hat und weiter abspielt, ist letztlich Surrogat für Debatten, mit der unsere Vertreter im Bundestag in der medialen Vermittlung nicht stattfinden.

Stoiber: Die Abstimmungen unter den Ländern waren mühsam, eine Beteiligung des Bundestages kaum erkennbar ...

Hombach: ... dafür agierte der Bundesrat ersatzweise, was wenigstens etwas demokratischen Disput und Konsenskultur erkennen ließ.

Stoiber: Ja, aber verstehen die Leute das? Bekomme ich so bei den Menschen Verständnis? Wir müssen über die Frage, ob die Kompetenz-

ordnung, ob unsere Staatsordnung für einen Vorgang dieser Art gewappnet ist, ganz offen diskutieren. Da, wo die Debatte hingehört: im Bundestag. Ich sehe schon, dass die Pandemie hier schonungslos Schwächen im System aufgedeckt hat. Dazu gehört, dass der Bundestag, die erste Kammer dieses Landes, in der Pandemie als Ort der Debatte viel zu kurz kam.

Hombach: Ich sagte schon: Nicht nur konfrontiert mit dem Virus hat die Talkshow dem Bundestag die Show gestohlen. Der Bundesrat und die Länder haben eine Ersatzfunktion wahrgenommen. Die Positionen der Ministerpräsidenten waren realitätsbezogen und nachvollziehbar. Sie sind eben dichter am Volk. Sie sind nebenbei präsenter und bekannter geworden.

Stoiber: Aber das ist doch nicht der Sinn dahinter! Es geht doch nicht um Prominenz und Bekanntheit von Personen, sondern um die Sache.

Hombach: Genau in der Sache wurden unterschiedliche Konzepte erkennbar. Das war positiver Wettbewerb. Der hat angestachelt. Das erbärmliche hausgemachte Impfdebakel wurde ans Licht gebracht und ausgeleuchtet. Daraus wurden – verspätet – Konsequenzen gezogen. Auf der europäischen Ebene versuchte man, peinlich schönzureden. Das Kanzleramt hat sich zunächst bei Frau von der Leyen untergehakt und verbreitet, bei der Impfstoffbestellung sei alles gut und richtig gelaufen. Erst als die vor Ort aufsteigende Wut von den Ministerpräsidenten nach Berlin getragen wurde, wurde das Geschwurbel aus Brüssel als freche Propaganda entlarvt.

Stoiber: Bei so tiefgreifenden Eingriffen in die Grundrechte der Menschen kann kein Bundesrat und schon gar keine Talkshow das Parlament ersetzen. Es reicht nicht, immer nur zu sagen: „Versteckt euch, fürchtet euch, redet mit niemandem!“, wie es der Soziologie Richard Sennett ausgedrückt hat. Das ist zwar epidemiologisch richtig, hat

aber gesellschaftspolitisch verheerende Folgen. Das haben viele Leute vermisst: dass im Parlament die Debatte über Lösung A, B oder C stattfindet.

Wir leben in einem doppelten Föderalismus, einem deutschen und einem europäischen. Ist das Fluch oder Segen in dieser Situation?

Hombach: Der Föderalismus ist leistungsfähig und gut, wo er sinnvoll ist. Das ist er nicht beim Einhegen globaler Gefahren. Das von mir verehrte und geliebte Europa ist stark als das größte gemeinsame Vielfache. Es ist schwach als der kleinste gemeinsame Nenner. Die Weisheit eines Systems ist nicht immer auch seine Klugheit. Ich bin für Reformen, wenn sie nicht Vorteile beseitigen, sondern Stärken fördern. Und die Unterscheidung zwischen beidem erleichtern. Die real existierende Europäische Union ist leider nicht dazu ange-tan, die Stärken zu fördern, sondern eher auf niedrigem Niveau zu nivellieren. Gerade wer Europa liebt, darf die Reformen, vor allem die der Administration, nicht länger verschieben.

Stoiber: Ich bin überzeugter Föderalist und Europäer. Zentralistische Staaten wie Frankreich sind nicht besser durch die Krise gekommen als ein föderaler Staat wie Deutschland. Es gibt also keinen Grund, den in vielen Krisen bewährten deutschen Föderalismus vorschnell in Frage zu stellen. Aber eine Fehleranalyse der Entscheidungsabläufe brauchen wir!

Großbritannien ist kaum draußen aus der Europäischen Union und sogleich besser dran beim Impfstoff. Wird Corona die Fliehkräfte oder den Zusammenhalt in der EU verstärken?

Stoiber: Es war grundsätzlich richtig, dass nicht jeder EU-Staat – womöglich noch im Wettbewerb miteinander – die Impfstoffe auf eigene Rechnung gekauft hat. Die EU hat viel mehr Markt-

Ein neues Wir-Gefühl

von Jens Spahn

„In Krisen zeigt sich unser wahres Gesicht“ – oft begegnete mir dieser Satz seit dem Beginn der Corona-Pandemie. Es steckt ja auch viel Wahres darin. Wie unter einem Brennglas legen krisenhafte Situationen unsere Stärken und Schwächen offen und machen deutlich, wo wir als Individuen, aber auch als Gesellschaft stehen. Sehr oft werden dabei die Defizite in den Blick genommen. Dann ist von verpassten Chancen, strukturellen Schwächen oder polarisierten Debatten die Rede. Das gehört dazu. Was aber oft zu kurz kommt, sind die Fortschritte und Möglichkeiten, die eine Krise mitbringt oder die aus ihr hervorgehen können. Zu selten wird in diesem Sinne darüber gesprochen, wo wir als Gesellschaft gemeinsam hinwollen.

Die Corona-Pandemie hat den Zustand unserer Gesellschaft, unseres Gemeinwesens insgesamt, in einem neuen Licht gezeigt. Ohne den Stress, die Maskenpflicht, Schulschließungen, Lockdown-Beschränkungen oder gar finanzielle Einbußen, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit ausblenden und ohne manche administrativen Versäumnisse oder die langfristigen gesundheitlichen Folgen für Erkrankte beschönigen zu wollen: Diese Pandemie erzeugt nicht nur Schatten, sie öffnet auch neue Türen und weist darauf hin, wo Chancen liegen.

Im Laufe der Pandemie hat sich bereits gezeigt, zu was wir als Land in der Lage sind, wenn wir an einem Strang ziehen: Bürgerinnen und Bürger haben sich gegenseitig unterstützt, füreinander ein-

gekauft, Masken getragen und Abstand gehalten. Unsere Solidargemeinschaft hat sich mit den Hilfen für Selbständige, Familien mit Kindern oder auch Unternehmen als standhaft erwiesen. Und unser Gesundheitswesen mit Millionen Menschen, die tagtäglich Bemerkenswertes leisten, hat sich auch unter größtem Stress bewiesen. Die Corona-Pandemie hat viele von uns den Wert eines funktionierenden Gemeinwesens neu zu schätzen gelehrt. Diese Krisenerfahrung ist auch eine Chance für uns als Nation. Für mich gehört es zu einer verantwortlichen Politik, über den Herausforderungen des Augenblicks nicht die Zukunft aus dem Blick zu verlieren und sich daran zu orientieren.

Die Corona-Pandemie ermöglicht es, Staat und Nation in neuem Licht zu sehen

Wer sich Gedanken über die Zukunft macht, sollte sich zunächst vor Augen führen, in welchem Handlungsrahmen wir uns bewegen. Der Nationalstaat mit seiner Bindekraft und seinen Institutionen ist auch zu Beginn der 20er Jahre dieses Jahrhunderts das leistungsfähigste politische Instrument in unseren Händen. Wenn er demokratisch verfasst und in ein Netzwerk internationaler Zusammenarbeit eingebettet ist, ist er etwas sehr Konkretes, Konstruktives – und etwas ausgesprochen Positives. Er ist ein Bezugspunkt für rechtliche Fragen, für soziale Probleme und für kulturelle Zugehörigkeit. Mit der „Muttersprache“ denkt, assoziiert oder verständigt man sich nicht im luftleeren Raum, sondern mit Bezug auf bestimmte Regionen und die dort beheimateten Menschen. Das kann auch spannend oder spannungsreich sein: In Rosenheim oder Flensburg, Görlitz oder Aachen mag man unterschiedliche Dialekte sprechen oder kulinarische Vorlieben haben, doch die Gemeinsamkeiten unter dem Dach der Bundesrepublik sind größer als die Unterschiede.